

**A9 Drogenproblematik in Bayern: Kein Mensch darf aufgegeben werden!
Hilfe, Aufklärung der Betroffenen und Unterstützung der Ärzt*innen und
Helfer*innen, in Stadt und Land**

Antragsteller*in: Stefan Schmidt MdB (KV Regensburg-
Stadt)

1 Es ist ein trauriger Fakt: Seit 2012 steigt die Zahl der Drogentoten in
2 Deutschland wieder an, und vor allem Bayern ist im bundesweiten Vergleich mit
3 zuletzt über 300 Opfern jährlich Spitzenreiter dieses Armutszeugnisses. Die
4 Ursachen dafür sind vielfältig, und zu den bekannten, verbotenen Substanzen wie
5 Heroin gesellen sich immer häufiger legal zu beschaffende Substitute wie
6 Fentanyl oder auch die sogenannten NPS – Neue psychoaktive Substanzen, auch
7 bekannt unter dem Namen „Legal Highs“, „Badesalze“ oder „Räuchermischungen“.

8 Diese sind in zunehmenden Maße für die hohe Anzahl von Todesfällen durch
9 Medikamenten- bzw. Drogenmissbrauch verantwortlich, da eine gezielte Dosierung
10 kaum möglich ist.

11 So ist beispielsweise die Zahl der Sicherstellungsfälle und Ermittlungsverfahren
12 mit Bezug zu Fentanyl bei der bayerischen Polizei zwischen 2011 und 2015
13 sprunghaft angestiegen – auch hier führt der Freistaat die Statistik mit
14 erheblichem Vorsprung an. In den Jahren 2011 bis 2015 entfielen regelmäßig über
15 70% oder mehr der Fentanyl-Drogentoten in Deutschland allein auf Bayern.

16 Zusätzlich hat das nordöstliche Bayern nach wie vor mit dem hohen Aufkommen von
17 Crystal Meth zu kämpfen. Es vergeht kaum eine Woche, kaum ein Tag ohne
18 entsprechende Meldungen der lokalen Presse über Aufgriffe von Schmuggelware
19 und/oder Konsument*innen. In den Jahren 2007 – 2016 hatte die Oberpfalz
20 bayernweit die insgesamt meisten Drogentoten durch Crystal Meth zu beklagen.

21 All diese Szenarien zeigen nur zu deutlich, dass die bisherige Repressions- und
22 Verbotspolitik der Bayerischen Staatsregierung die Situation nicht zu verbessern
23 vermag – im Gegenteil, sie hinkt den Entwicklungen auf dem Drogenmarkt ständig
24 hinterher. Gleichzeitig wird der rechtliche Rahmen für die Einrichtung von
25 unmittelbaren Hilfestellen wie Drogenkonsumräumen nach wie vor nicht
26 ausgeschöpft. Die Bayerische Staatsregierung nimmt damit leichtfertig den Tod
27 von Menschen in Kauf, der ohne weiteres verhindert werden könnte. Werte wie
28 Menschlichkeit und Gemeinwohl, auf die Bayern sich in seiner Verfassung beruft,
29 werden somit systematisch untergraben. Stattdessen sieht die Bayerische
30

31 Staatsregierung Drogenkonsumräume lediglich als Makel im „sauberen“ Gesicht
32 ihrer Städte und Gemeinden an. Dabei sind sie eine Möglichkeit,
33 Drogenkonsumenten bei Fehldosierungen unmittelbar in ärztliche Behandlung
34 übergeben zu können, Suchtkranke direkt zu erreichen, Beratungsangebote zu
vermitteln und Ansteckungsgefahren durch unsauberes Besteck zu vermeiden.

35 Stattdessen konzentriert man sich weiterhin einseitig auf Repression statt
36 Prävention; letztere findet vorrangig, aber auch nicht ausreichend bei den
37 legalen Drogen Alkohol und Tabak statt. Alles andere wird lieber tabuisiert
38 statt thematisiert – obwohl die Nachfrage für Präventionsprogramme durch Schulen
39 und andere Bildungseinrichtungen ungebrochen hoch ist.

40 Dieser halbherzigen Nebenerwerbspolitik wollen wir eine grüne Lösung
41 entgegensetzen, die auf Zusammenhalt und Unterstützung basiert. Statt einerseits
42 Drogenkonsument*innen als Kriminelle hinzustellen und andererseits auf jedem
43 Volksfest stolz Maßkrüge in die Kameras zu halten, machen wir Grüne deutlich,
44 dass Rausch und Sucht nicht durch Verbote aus der Welt geschafft werden. Sucht
45 muss endlich im öffentlichen Bewusstsein wahrgenommen werden. Menschen mit
46 Suchtproblemen haben unsere Solidarität – wir geben niemanden auf!

47 Es braucht darüber hinaus eine wesentlich bessere Vernetzung staatlicher und
48 privater Einrichtungen und Kampagnen, um einerseits die Präventionsmaßnahmen zu
49 stärken und andererseits Hilfs- und Beratungsangebote effektiv und zielgerichtet
50 dorthin zu bringen, wo sie gebraucht werden.

51 Es ist höchste Zeit, die Zahl der Drogentoten im Freistaat zu senken. Zu diesem
52 Zweck ist es unerlässlich, flächendeckend Drogenkonsumräume einzurichten, um
53 schnellstmögliche medizinische Versorgung bei einer Fehldosierung zu
54 gewährleisten. Darüber hinaus ermöglichen Drogenkonsumräume einen wesentlich
55 sichereren und saubereren Umgang mit Sucht. Der Freistaat muss hier den
56 notwendigen Rahmen zur Umsetzung schaffen, wie es etwa auch der Bayerische
57 Beiratsrat fordert. **Wir fordern, dass die Einrichtung von Drogenkonsumräumen in
58 Bayern endlich nachgeholt wird.**

59 Um eine langfristige Verbesserung der Situation in Bayern zu gewährleisten, muss
60 außerdem die Basis für eine nachhaltige Finanzierung verschiedener Hilfsangebote
61 geschaffen werden. Bisher ist die Finanzierung von Suchthilfeprojekten in Bayern
62 abhängig von der allgemeinen Haushaltslage. Um jedoch eine effektive Wirkung zu
63 entfalten, muss es möglich sein, Projekte und Hilfsangebote über einen längeren
64 Zeitraum zu planen und einzusetzen, ohne jährlich um die neuerliche Bewilligung
65 von Geldern bangen zu müssen. Gleichzeitig braucht es auch ein Programm, das es
66 nichtstaatlichen Initiativen ermöglicht, kurzfristige Engpässe und ähnliche
67 Unwägbarkeiten zu überbrücken. So geschehen mit der erfolgreichen Kampagne Need
68 NO Speed im Raum Weiden/Tirschenreuth, die erst in letzter Sekunde vor dem
69 abrupten Ende durch den Absprung ihres bisherigen Trägers bewahrt werden konnte.

70 **Wir fordern daher die Einrichtung eines eigenen Haushaltspostens in Bayern für**
71 **Drogenprävention und die Unterstützung von privaten Angeboten.**

72 Doch nicht nur in den Städten müssen weitere Angebote geschaffen werden, auch
73 der ländliche Raum darf mit dieser Problematik nicht allein gelassen werden. Im
74 Gegensatz zur Anonymität der Stadt braucht es insbesondere auf dem Land
75 Lösungen, die den Menschen Beratung und Hilfe bieten, ohne befürchten zu müssen,
76 von der dort umso wichtigeren Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen oder
77 stigmatisiert zu werden. **Wir fordern daher die nachhaltige Einrichtung und**
78 **regional wirksame, breite Bewerbung weiterer Beratungsmöglichkeiten im**
79 **ländlichen Raum mit besonderer Berücksichtigung verstärkt betroffener Gebiete.**

80 Wenn jede Prävention versagt und ein Mensch drogensüchtig wird, hinterlässt der
81 Konsum früher oder später seine Spuren – vor allem für ein medizinisch
82 geschultes Auge sind diese schneller und besser erkennbar. Allgemeinärzte können
83 bei Anzeichen von Drogenkonsum bei ihren Patienten Beratungsgespräche in einem
84 vertraulichen Rahmen anbieten und so die ersten Schritte hin zur Wahrnehmung
85 eines Hilfsangebots oder einer entsprechenden Behandlung fördern und begleiten.
86 Dazu braucht es aber entsprechende monetäre und systemische Anreize, damit
87 Allgemeinärzt*innen die Möglichkeit für diese zusätzliche Aufgabe auch
88 wahrnehmen können und wollen. **Wir fordern daher eine Möglichkeit der Abrechnung**
89 **von Erstberatungs- und Suchtberatungsgesprächen für Allgemeinärzt*innen.**

90 Wir Grüne begrüßen, dass Substitutionstherapien jetzt stärker durch die
91 Ärzt*innen bestimmt werden können. Nur so kann den Konsument*innen individuell
92 passgenau geholfen werden. Es war überfällig, die Betreuung von substituierenden
93 Ärzt*innen rechtssicher auszugestalten. **Unser Ziel ist es, dass noch mehr**
94 **Ärzt*innen Substitutionsbehandlungen vornehmen, um auch in weniger dicht**
95 **besiedelten Regionen Bayerns Suchtkranken die Möglichkeit zu geben, ein Leben**
96 **ohne Sucht zu führen.** Ferner muss sichergestellt werden, dass die Nachsorge von
97 ehemaligen Suchtkranken so gestrickt ist, dass sie möglichst schnell wieder
98 umfassend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

99 Unabhängig von der Frage der Legalität sind Drogen auch in Bayern sehr
100 verbreitet. Deren Zusammensetzung ist jedoch häufig unklar, sodass die Wirkung
101 regelmäßig nicht oder nur unzureichend eingeschätzt werden kann oder Menschen
102 unerwünschte Substanzen zu sich nehmen. Drug-Checking soll Konsument*innen
103 ermöglichen, Drogen auf ihre Wirkstoffe chemisch analysieren zu lassen. Sie
104 können dadurch Risiken einschätzen und unbeabsichtigte Wirkungen vermeiden. **Um**
105 **Drug-Checking modellhaft einzuführen, wollen wir als ersten Schritt**
106 **Rechtssicherheit dafür schaffen.**

Unterstützer*innen

Tina Winklmann (KV Schwandorf), Jürgen Mistol MdL (KV Regensburg Stadt), Stefan

Christoph (KV Regensburg Stadt), Anna Toman MdL (KV Tirschenreuth)